

DIETER EISSEL

Eine große rot-grüne Gerechtigkeitslücke

DIE STEUERPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG IST SOZIAL- UND KONJUNKTURPOLITISCH VERFEHLT

Hintergründe der Finanzkrise

Weder eine angebliche Standortgefährdung Deutschlands durch zu hohe Steuern- und Lohnkosten, noch konjunkturpolitische Gründe erzwingen derartige Steuergeschenke an die Wohlhabenden und Unternehmen, wie sie unter der rot-grünen Regierung in Fortsetzung der Umverteilungspolitik in der Amtszeit von Helmut Kohl praktiziert werden. Im Gegenteil: der Steuersenkungswettbewerb hat die Handlungsfähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen empfindlich geschwächt, ohne dass durch diesen Rückzug des Staates ein wirtschaftlicher Aufschwung zustande gekommen ist. Die Wachstumsraten verharren auf einem niedrigen Niveau und die Arbeitslosigkeit steigt weiter.

Die Hintergründe der Finanz- und Sozialstaatskrise sind nicht in zu hohen Steuer- und Lohnkosten zu suchen, sondern haben mit den hohen Folgekosten der Arbeitslosigkeit, der Wiedervereinigung und der Vorherrschaft einer neoliberalen bzw. marktradikalen Politik zu tun. Weil die Politik die wachsenden fiskalischen Folgekosten der Massenarbeitslosigkeit und der Wiedervereinigung nicht durch eine Verbreiterung der Sozialversicherungspflicht (etwa im Sinne einer Bürgerversicherung) und auch nicht durch eine angemessene Vermögensabgabe oder Steuer finanziert hat, sondern zunächst einen Ausweg in der Kreditfinanzierung suchte, entstanden akute Finanzprobleme. Welche Rolle spielten diese drei Krisenfaktoren?

Die Arbeitslosigkeit ist dabei keineswegs auf zu hohe Lohnkosten oder mangelnde Flexibilität zurückzuführen, sondern in erster Linie auf die weltweit nachlassende Konjunktur und Sättigungstendenzen bei einzelnen Verbrauchsgütern nach Ende des Nachkriegsbooms. Seit Beginn der siebziger Jahre sinken die Wachstumsraten auch in Deutschland. Da gleichzeitig die Rationalisierung von Warenfertigung und Dienstleistung fortschreitet, sinkt auch das Arbeitsvolumen. Die Zahl der Arbeitslosen erreicht 1975 die Millionengrenze, 1983 sind es bereits zwei Millionen, 1993 drei Millio-

nen und gegenwärtig über fünf Millionen, die bei den Arbeitsämtern als Arbeitslose registriert werden.

Der Sozialstaat ist durch die anwachsende Arbeitslosigkeit von der Einnahme- und Ausgabeseite her unter Druck geraten. So entstehen wegen ausfallender Steuern und Sozialabgaben zusätzlich staatliche Einnahmeausfälle und gleichzeitig wachsende Sozialausgaben (Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe). Zählt man die gesamten fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit zusammen, dann kommt man gegenwärtig auf rund 75 Mrd. Euro pro Jahr.

Neben den wachsenden Kosten durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit hat jedoch auch die Wiedervereinigung zu einer Kostenbelastung der Sozialkassen geführt. Statt die Vereinigungskosten durch entsprechende Steuereinnahmen zu finanzieren, verzichtete der Fiskus in wachsendem Umfang auf entsprechende Abgaben. Die Steuerquote lag 1980 mit 25,9% wesentlich über derjenigen in den neunziger Jahren.

Anteil der Abgaben, Sozialleistungen und Schulden

Westdeutschland					
	Steuern	Sozialbeiträge	Sozialleistungen	öff. Schulden	
				absolut in Mrd. DM	in v.H. des BIP
	in v.H. des BIP				
1960	23,0	8,9	21,1	56,7	18,7
1970	24,0	10,6	25,1	123,1	18,2
1980	25,9	15,4	30,6	462,8	31,4
1990	23,6	14,8	27,8	1.048,8	43,2
Deutschland					
1991	22,4	17,9	28,4	1.165,5	41,4
2002	22,6	19,6	32,2	2.498,8	60,6

Quelle: BMGS (Hg.): Statistisches Taschenbuch 2004, Ziff. 1.22-1.27

Regierungen und Parlamente haben es also versäumt, die gewachsene Kostenbelastung durch entsprechende Abgaben zu decken. Altbundeskanzler Kohls Behauptung, dass nach der Wiedervereinigung Ostdeutschland zu einer blühenden Landschaft werden würde, hat sich von vornherein als falsch erwiesen. Damit wurde auch die Chance verpasst, über eine Sonderabgabe die Einheit zu finanzieren. Im Gegenteil setzte die Regierung

Kohl wie auch später die rot-grüne Regierung weitere Steuererleichterungen, vor allem für die Wohlhabenden und Unternehmen, im Geiste der Angebotstheorie und des Neoliberalismus durch. Diese Steuerpolitik hatte zur Folge, dass die Transfers nach Ostdeutschland im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung in großem Umfang aus den Sozialkassen geleistet wurden. Vor allem aber wuchs die Staatsverschuldung: allein in den neunziger Jahren um über 1,3 Billionen DM! Der Anstieg der öffentlichen Schulden geriet jedoch bald an die Grenzen, welche das Maastrichter Stabilitätsprogramm der EU auferlegt. Unter diesen negativen Bedingungen blieb als einziger Weg nur die Kürzung der staatlichen Ausgaben.

Der Sozialstaat ist folglich in die Krise geraten, obwohl abstrakt betrachtet ein ausreichender Verteilungsspielraum durch ein zwar geringes, aber real wachsendes Sozialprodukt zur Verfügung stand: 2003 standen 240 Mrd. € mehr zur Verfügung als 1991. Dieser zusätzliche Reichtum wurde jedoch einseitig verteilt. Die öffentlichen Haushalte konnten davon ebenso wenig profitieren wie die Arbeitnehmer.

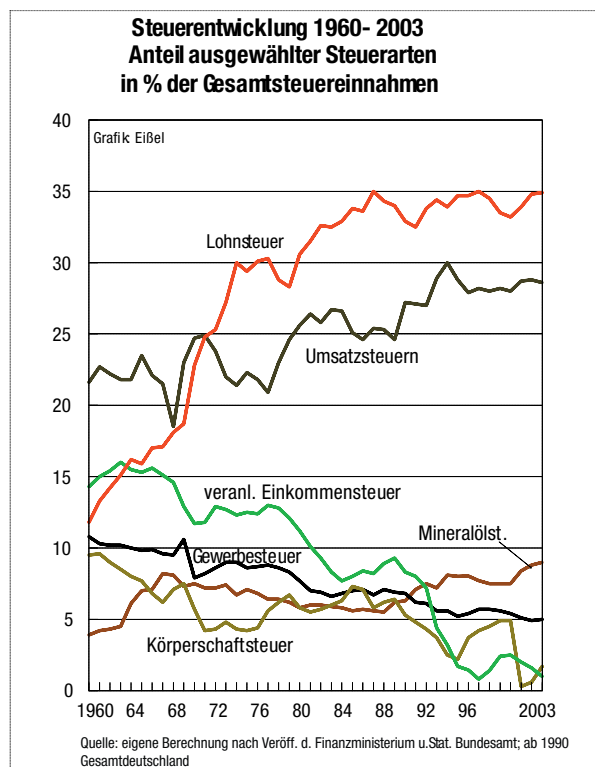
Verteilungspolitische Schieflage

Das Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer in realer Kaufkraft gemessen (also inflationsbereinigt) ist seit 1990 netto um 4,8% gesunken und seit 1980 kaum gestiegen. Das liegt zum einen an den schwieriger gewordenen Bedingungen, angemessene Lohnforderungen in den Tarifverhandlungen durchzusetzen und war mit einem sinkenden Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen (Lohnquote) verbunden.

Einkommen je besch. Arbeitnehmer vor und nach der Umverteilung pro Jahr in DM							
	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	tats.u. unterst. Sozialbeiträge Arbeitgeber	Bruttolöhne und -gehälter	Lohnsteuer	Sozialbeiträge der Arbeitnehmer	Nettolöhne und -gehälter	Nachrichtlich: Realwerte 1980=100
1980	36 150	6 459	29 691	4 702	3 805	21 184	31 903 100
1990	51 732	9 719	42 013	6 824	5 984	29 205	34 038 106,7
1991*	47 384	8567	38 817	6 319	5 537	26 959	32 919 103,2
1998	60 024	11 652	48 372	9 427	8 027	30 937	31 569 99
2003	64 945	12 758	52 187	9 787	8 527	33 873	32 416 101,6
2003/80	80%	98%	76%	108%	124%	60%	+1,6%
2003/90							-4,8%

Quelle: BMGS (Hg): Statistisches Taschenbuch 2004 Pkte 1.12 ff.; deflationiert um Preisindex (1995)
*ab 1991 einschließlich neue Länder, revisionsbedingt nicht mit Vorjahren vergleichbar.
*ab 1996 Kindergeld nicht mehr Sozialleistung, sondern Steuerabzug

Einen stärkeren Effekt hatte jedoch die anschließende staatliche Umverteilung. So wuchs die Abgablast durch Lohnsteuern und Sozialabgaben wesentlich schneller als die Bruttolöhne und -gehälter. Man kann daher durchaus von einem „Marsch in den Lohnsteuerstaat“ sprechen, denn die Arbeitnehmer und ihre Familien haben in den letzten zwanzig Jahren im Wesentlichen den Staat alimentiert.



Die bereits unter der Kohl-Regierung durch eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich entstandene Gerechtigkeitslücke war zwar einer der Gründe, die zur Ablösung seiner Regierung 1998 geführt hat. Trotz der Wahlslogans von „Mehr Gerechtigkeit“ hat jedoch auch die SPD-geführte Regierung die Steuerpolitik der Ära Kohl fortgesetzt. Es gibt zwar lobenswerte Erhöhungen des Kindergeldes und die Senkung des Eingangssteuersatzes, dennoch ist auch die rot-grüne Verteilungspolitik unter dem Strich unsozial und konjunkturpolitisch folgenlos geblieben.

Die Zeche für die staatlich inszenierte Umverteilung bezahlten am Ende die Lohnsteuerzahler: Die Lohnsteuer macht inzwischen allein über 35% aller Steuereinnahmen aus. Eine ähnliche Dynamik weisen noch die Umsatzsteuern auf, während die Vermögensteuer ausgesetzt und die übrigen Gewinnsteuern unter dem Strich zurückgingen. Betrachtet man die Steuerentwicklung nach 1990 genauer, so ist die Tendenz noch stärker ausgeprägt.

Es zeigt sich, dass das Mehraufkommen von 388,3 Mrd. DM im Wesentlichen aus der wachsenden Lohnsteuer (+149,9 Mrd. DM) und den ebenfalls wachsenden Umsatzsteuern (= Mehrwert- und Einfuhrumsatzsteuer) mit +121,4 Mrd. DM finanziert wurden. Zusammen haben beide Steuerarten zu rund 70% zum wachsenden Steuereinkommen nach der Wiedervereinigung beigetragen, während die Gewinn- und Vermögensteuern rückläufig waren. Dies ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass die Wohlhabenden und international operierenden Unternehmen – unter Ausnutzung aller möglichen legalen Tricks und sicherlich

Steuerentwicklung 1990 – 2003 in Mrd. DM

	1990	1995	2000	2003
Lohnsteuer*	177,6	282,7	326,0	327,5
v.EinkSt.**	36,5	14,0	24,8	8,9
KöSteuer**	30,1	18,1	48,5	16,2
n.v.St.Ertrag	10,8	16,9	31,3	23,4
GewSteuer	38,8	42,2	52,9	47,2
VermögSt.	6,3	7,9	0,8	0
Erbsch.St.	3,0	3,5	5,8	6,6
UmsatzSt.	146,6	234,6	275,5	268,0
MineralölSt	34,6	64,9	74,0	84,5
Insges.	549,7	814,3	982,7	938,0

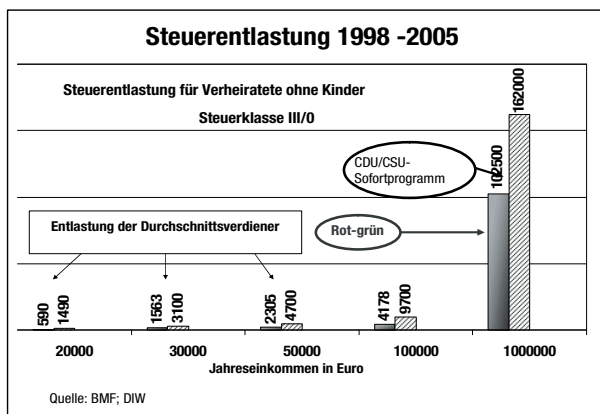
* vor Abzug von. Kindergeld (ab 1996)

** vor Abzug von Erstattungen des Bundesamtes für Finanzen

Quelle: Statistisches Bundesamt [www.destatis.de]

auch durch illegale Steuerflucht – viel größere Möglichkeiten haben, ihre Steuern zu gestalten, während die Lohnsteuer an der Quelle direkt abgezogen wird. Im Kern ist dieser Rückzug der Wohlhabenden und Unternehmen aus der Finanzierung öffentlicher Angelegenheiten jedoch Folge einer bewussten Politik.

Vergleicht man die Steuerentlastung der rot-grünen Regierung nach Einkommensklassen, muss man feststellen, dass ein Einkommensmillionär (verheiratet ohne Kinder) von 1998 bis 2005 um 102.500 Euro entlastet wurde, während bei einem Durchschnittseinkommen von 30.000 Euro pro Jahr nur 1.563 Euro als Steuernachlass wirksam wurden. Würden die Vorschläge des CDU/CSU-Sofortprogramms verwirklicht, erhielte der Millionär bei einer Reduzierung von insgesamt 162.000 Euro sogar noch rund 60.000 Euro mehr Nachlass als bei Rot-Grün.



Statt konjunktureller Belebung – Schwächung staatlicher Handlungsfähigkeit und Gefährdung des sozialen Friedens

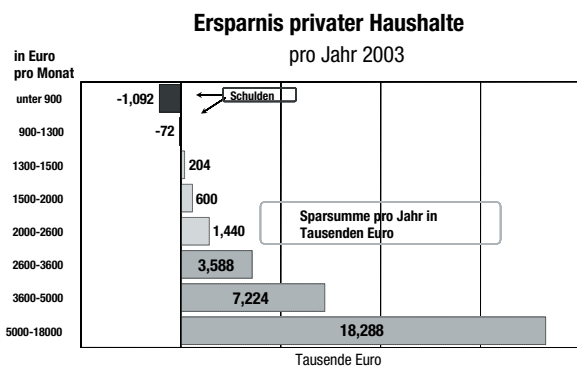
Hätte der Fiskus die Gewinnbesteuerung im gleichen Umfang zur Finanzierung des Staates herangezogen wie 1990, wären die öffentlichen Haushalte gegenwärtig

um rund 50 Mrd. Euro reicher. Stattdessen ging der Anteil der Gewinnsteuern an den steuerlichen Gesamteinnahmen in diesen 13 Jahren von 20,5% auf 11% zurück. Auch die großen Steuerreformen seit 2000 gingen offensichtlich an den Lohnsteuerpflichtigen vorbei, während die Entlastungen bei der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer, den beiden wichtigsten Unternehmenssteuern, doch erheblich waren.

Mit den Mehreinnahmen in den öffentlichen Kassen hätten sich dringende Aufgaben der Erhaltung der öffentlichen Infrastruktur, z.B. Reparatur brüchiger Abwasserleitungen und Straßen und vor allem notwendige Bildungsmaßnahmen ohne zusätzliche Kreditaufnahme finanzieren lassen. Insgesamt wären damit Wachstum und Beschäftigung stärker angekurbelt worden als durch die weiteren Steuergeschenke an die Wohlhabenden.

Konjunkturpolitisch war die Umverteilung von oben nach unten ein Flop. Vermehrte Investitionen in heimische Arbeitsplätze sind durch die Reduzierung des Spitzensatzes bei der Einkommensteuer, der Herabsetzung der Körperschaftsteuer auf 25% und Halbierung der Dividendenbesteuerung („Halbeinkünfteverfahren“) nicht zustande gekommen. Betriebswirtschaftlich ist dies durchaus erklärlich: wieso sollten die Unternehmen angesichts geringer Binnennachfrage neue Kapazitäten aufbauen und Arbeitskräfte einstellen, wo doch schon die vorhandenen Anlagen nicht ausgelastet sind. Statt Investitionen in Realkapital nutzten die Wohlhabenden daher ihr gewachsenes Nettoeinkommen für Geldanlagen im „Kasinokapitalismus“ oder liehen dem Staat das zuvor durch Steuerverzicht vermehrte Zusatzeinkommen gegen Zinszahlungen. Insgesamt ist daher die selbst verschuldete Staatsverschuldung zwar ein Ärgernis für diejenigen, die mit ihren Steuern diese Zinsen bezahlen müssen, aber eine zusätzlich und sichere Anlagemöglichkeit für die vermögenden Geldbesitzer.

Konjunkturpolitisch hätte es mehr Sinn gemacht, diesen absurden Kreislauf zu durchbrechen und die Steuerpolitik so zu gestalten, dass die steigenden Sparquoten der oberen Einkommenschichten abgeschmolzen worden wären anstatt sie zu erhöhen, um den gewonnenen Umverteilungsspielraum zugunsten öffentlicher Investitionen und zugunsten einer Verbesserung der Lage der unteren Einkommensgruppen zu nutzen, die im Vergleich zu den Spitzeneinkommen eine relativ geringe absolute Entlastung erhielten. Wie die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 2003 zeigt, gibt es bei den Ärmsten nicht genügend Einkommen, um den Bedarf zu decken. Die Folge davon ist eine wachsende Verschuldung bei den Ärmsten, während bei der obersten Einkommensgruppe (die noch von der EVS erfasst wird) mit einem Monatseinkommen zwischen



Stat. Bundesamt: EVS 2003, S.71

5.000 und 18.000 Euro durchschnittlich 18.288 Euro pro Jahr gespart werden konnten.

Ein besonderer Skandal ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass im reichen Deutschland im Jahr 2002 mehr als eine Million Kinder von der Sozialhilfe leben müssen, wobei sich das Armutsrisiko in den letzten Jahren erheblich erhöht hat. Insbesondere allein erziehende Mütter sind auf Sozialhilfe angewiesen. Mehr als ein Drittel lebt unter der Armutsschwelle. Für die Kinder in diesen Haushalten ist die Perspektive düster. Wie die erneute PISA-Studie (2003) und auch die letzte Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks zeigen, ist für Kinder aus armen Haushalten der Weg zu höheren Bildungsabschlüssen nahezu versperrt. Damit sind sie erhöht dem Risiko von Arbeitslosigkeit und Niedrigeinkommen ausgesetzt. Armut wird vererbt. Nicht nur individueller Schaden, sondern auch gesellschaftliche Nachteile entstehen, weil das Reservoir an „Bildungsreserven“ nicht ausgeschöpft wird – wo doch ab 2015 Fachkräftemangel droht. Die wachsende Armut und soziale Ausgrenzung kann am Ende auch die Reichen treffen, wenn die Frustration der Benachteiligten in Aggression umschlagen sollte und die Kriminalität wächst. Eine Entwicklung in diese Richtung deutet schon jetzt die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) an.

Für eine demokratische Entwicklung und für den friedlichen Zusammenhalt eines Gemeinwesens ist es daher wichtig, dass eine einseitige und wachsende Konzentration der Einkommen und Vermögen vermieden wird, was in den Länderverfassungen z.B. Bayerns und Hessens durchaus zum Ausdruck kommt. So heißt es z.B. in der Bayerischen Landesverfassung: „Die Erbschaftssteuer dient auch dem Zweck, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern“ (Artikel 123). Die Schere zwischen Arm und Reich sollte sich nicht öffnen, sondern durch staatliche Umverteilung reduziert werden, wenn man sozialen Frieden und Gerechtigkeit sichern will. Dies war auch die Kernbotschaft des theoretischen Begründers der „sozialen Marktwirtschaft“ Müller-Armack.

Diese sozial- und gesellschaftspolitisch motivierte

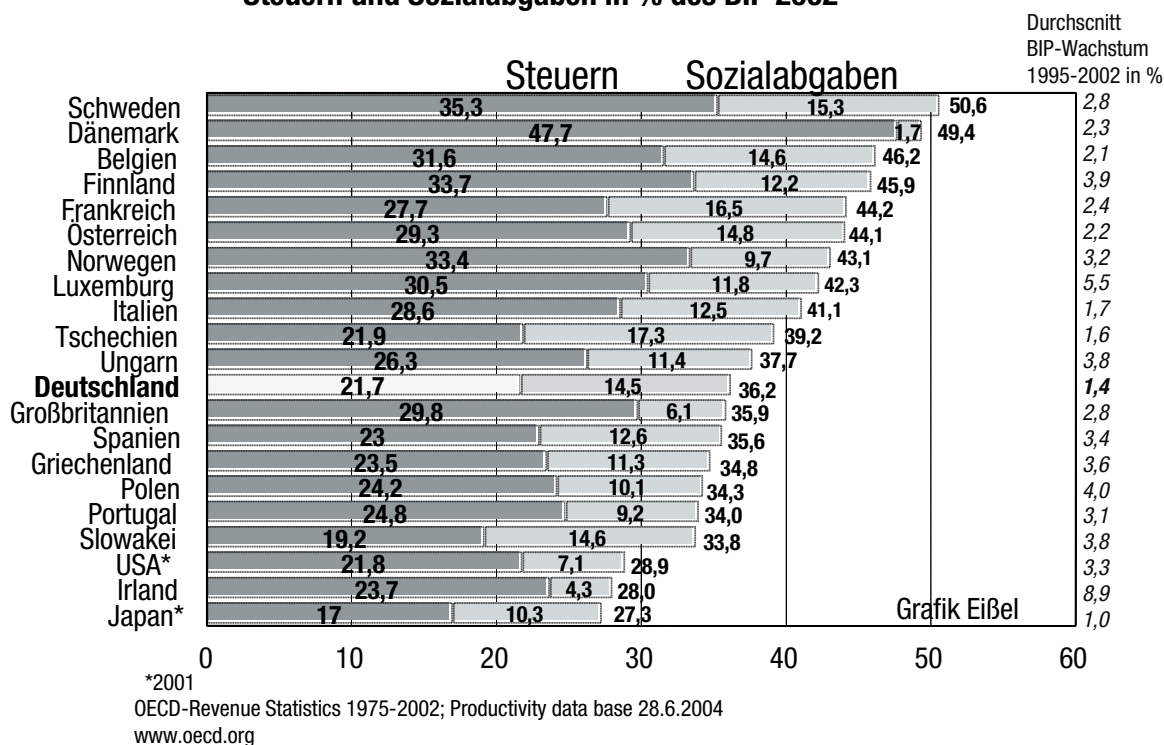
Umverteilungspolitik von oben nach unten ist ebenso wie auch eine ökonomisch begründete – die durch Umverteilung eine insgesamt wachsende Nachfrage erreichen will (Keynes) – gegenwärtig einer marktradikalen Sichtweise zum Opfer gefallen. Die marktradikale Ideologie und deren prominente Vertreter wie Milton Friedman und Friedrich von Hayek fordern gerade im Gegenteil eine wachsende steuerliche Entlastung der Wohlhabenden und einen Abbau des Sozialstaats. Höhere Steuersätze seien eine Barriere für die Investitionsbereitschaft und wirtschaftliche Aktivität.

Standort Deutschland gefährdet?

Zu diesen neoliberalen Konzepten, die angesichts der seit Mitte der siebziger Jahre wachsenden wirtschaftliche Krise (Ende des Fordismus) ihren Siegeszug antreten konnten, kommt die Behauptung, dass im schärfer gewordenen globalen Wettbewerb der Standorte das „Hochsteuerland Deutschland“ einen Abbau der Steuerbelastung erfordere, weil ansonsten das flüchtige Kapital sich anderswo kostengünstigere Bedingungen suche. Eine simple These besagt, je stärker die Staatsquote (also die öffentliche Abgabenbelastung) die private Wertschöpfung (Bruttoinlandsprodukt) belaste, desto niedriger falle das Wachstum aus. Diese einfache interessengeleitete Angebotslogik verkennt jedoch die vielfältigen Wechselbezüge zwischen Staat und Ökonomie. Sie missachtet auch völlig die historischen Erfahrungen über Bedingungen, die für eine wirtschaftliche Erfolgsstory ausschlaggebend waren. So haben Länder wie etwa Japan, Südkorea oder Taiwan ihre imponierende nachholende Entwicklung im Wesentlichen einer intelligenten Vernetzung von Unternehmen, Wissenschaft und Staat durch eine entsprechende Technologiepolitik zu verdanken. Zudem werden Standortvor- und -nachteile in diesem marktradikalen Konzept auf Steuerhöhe und Lohnkosten verkürzt, ohne die Vielzahl anderer weicher und harter Faktoren zu berücksichtigen, die eine hohe Wirtschaftskraft ermöglichen – angefangen von Qualifikation und Leistungsbereitschaft der Arbeitskräfte bis hin zu strategischen Infrastruktureinrichtungen oder stabilen rechtlichen und politischen Verhältnissen. Schon ein Blick auf die empirischen Daten kann dabei verdeutlichen, dass die simple neoliberale These nicht stimmig ist.

Nur in einem einzigen Fall (Irland) war eine niedrige Abgabenquote auch von einer höheren Wachstumsdynamik begleitet, in allen anderen Fällen gab es überhaupt keinen derartigen Zusammenhang. So hat z.B. Schweden, das mit 50,6% an der Spitze der „Staatsquote“ steht, mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 2,8% eine doppelt so hohe Rate erzielt wie

Abgabenquoten im internationalen Vergleich Steuern und Sozialabgaben in % des BIP 2002



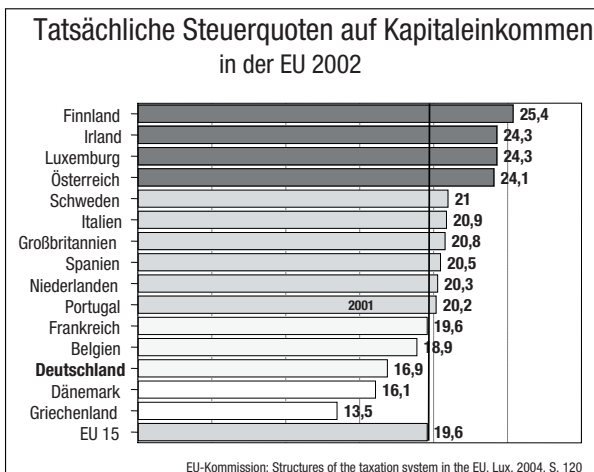
Deutschland mit einer erheblich niedrigeren Abgabenlast von 36,2%. Und im Fall Japans zeigt sich, dass auch eine sehr niedrige Staatsquote (27,3%) zu keiner entsprechend höheren Wachstumsdynamik geführt hat, sondern im Gegenteil mit einer drohenden Rezession verbunden war. Zu beachten ist bei der OECD-Statistik, dass hier die tatsächlichen Belastungen unter Gegenrechnung der staatlichen Transfers gerechnet werden, was den verbreiteten nationalen Finanzstatistiken nicht der Fall ist.

Schon der grobe Vergleich von Abgabequote und Wachstumsdynamik zeigt also, dass der umverteilende (Sozial-)Staat nicht als Ursache für ausbleibende Wachstumsraten herangezogen werden kann. Das deutsche Wachstumsproblem ist viel eher in der schwachen öffentlichen und privaten Binnennachfrage zu sehen. Bezogen auf die herrschende Debatte in Deutschland zeigen internationale Vergleiche auch, dass Kapitaleinkommen in Deutschland keineswegs übermäßig besteuert werden. Folgt man den jüngsten Daten der EU, dann zeigt sich vielmehr folgendes Bild:

Man sollte bei internationalen Vergleichen darauf achten, dass nicht die gesetzlichen Steuertarife, sondern die – wegen der vielfachen Abschreibungs- und Befreiungsmöglichkeiten wesentlich niedrigeren – tatsächlich bezahlten Steuern berücksichtigt werden. So wurden 2002 Kapitaleinkommen in Deutschland lediglich mit

einem durchschnittlichen Steuersatz von 16,9% belegt und nicht – wie häufig in der Öffentlichkeit suggeriert wird – mit 40 oder gar 50 und mehr Prozent. Insgesamt werden daher in Deutschland die Kapitaleinkommen mehr geschont als im Durchschnitt der EU der 15 alten Mitgliedsstaaten mit 19,6%.

Auch deutsche Erben und Vermögenden können sich freuen, denn nur in Österreich haben sie mit einer geringeren Steuerlast als hierzulande zu rechnen. An den gesamten Steuereinnahmen betrug der entsprechende Anteil an Besteuerung gerade einmal 2,3%. In den USA oder Großbritannien war dagegen ein Anteil von 11,9% bzw. 10,1% fällig.





Dass die angebliche zu hohe Steuer- und Abgabenlast den Standort Deutschland gefährdet, ist daher eine Mär. Inzwischen haben auch Spitzenmanager, wie z.B. die Vorstandsvorsitzenden von Siemens und DaimlerChrysler und der Aufsichtsratsvorsitzende der Lufthansa sich öffentlich für die Vorzüge des Standort Deutschlands ausgesprochen und viele Argumente für dessen Stärke vorgetragen (siehe die Website: www.invest-in-germany.de). Allein schon die hohe Wirtschaftskraft bzw. Produktivität, die Außenhandelserfolge und das dichte Netzwerk von Zulieferern und qualifizierten Arbeitskräften, aber auch die hohe Bedeutung des sozialen Friedens für eine ungestörte Produktion belegen, dass die verbreitete negative Sicht über den Standort Deutschland empirisch nicht haltbar ist. Wir sollten diese Vorzüge nicht durch den Abbau von Sozialstaat und durch Unterlassung von Zukunft sichernden öffentlichen Investitionen aufs Spiel setzen. Deshalb ist die Wiederherstellung angemessener finanzieller Handlungsfähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen dringend notwendig und eine Umkehr der Steuerpolitik überfällig.

Hierzu zählen vor allem eine nachhaltige Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften, keine weitere Absenkung der Spitzensteuersätze bei der Einkommensteuer, eine Besteuerung von Börsenumsätzen und Finanztransfers, die im Sinne des Ansatzes von James Tobin vor allem die kurzfristigen Finanzspekulationen treffen würde, eine angemessene Wiederherstellung der Körperschaftssteuer und eine nachhaltige Bekämpfung der Steuerflucht. Im letzteren Fall ist nach den Erfahrungen in den USA in den achtziger Jahren die Einführung einer Mindestbesteuerung (20% bei Unternehmen; 25% bei Privatpersonen) durchaus hilfreich, weil sie dazu geführt hat, dass Unternehmen, die zuvor alle legalen und illegalen Tricks genutzt haben, um

Steuerflucht zu betreiben, plötzlich wieder Steuern in den USA zahlten. Die EU und die G7-Staaten hätten jedoch auch die Möglichkeit, durch ein abgestimmtes resoluteres Vorgehen viele der Steueroasen trocken zu legen.

Für eine sozial ausgewogene, gerechte und konjunkturpolitisch erfolgreichere Steuer- und Finanzpolitik gibt es daher vielfältige und praktikable Alternativen zu der verkehrten und verfehlten rot-grünen Steuerpolitik.

Prof. Dieter Eißel arbeitet als Politikwissenschaftler an der Universität Gießen insbesondere auf dem Gebiet Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie Kommunal- und Regionalpolitik. Zuletzt publizierte er „Öffentliche Finanzen: Gerecht gestalten!“ (mit Jörg Huffschild, Hannes Koch und Margit Walter, Hamburg (VSA) 2004.

Mail: dieter.eissel@sowi.uni-giessen.de

In der Reihe **rls standpunkte** sind zuletzt erschienen:

2/2005 **Falsch gestellte Weichen. Die Reform der Deutschen Bahn führt aufs Abstellgleis** von Tim Engartner

19/2004 **Neoliberale Agenda-Politik oder intelligente wirtschaftspolitische Gestaltung?** von Günter Krause

18/2004 **Der Fall der Lohnquote in Europa** von Sahra Wagenknecht

17/2004 **Über den »Gnadenlosen Populismus« der PDS oder Acht Schritte zum Richtungswechsel in der Arbeitspolitik** von Dieter Klein

16/2004 **Deutschland spart sich dumm. Anmerkungen zur jüngsten OECD-Studie »Bildung auf einen Blick«** von Volker Eichstedt

15/2004 **Die Rechte ist auch nicht mehr, was sie mal war. Zum Wahlergebnis von NPD und DVU bei den Landtagswahlen im September 2004** von Rainer Rilling

14/2004 **Der Wind dreht sich. Montagsdemonstrationen gegen die herrschenden Klassen** von Michael Brie

13/2004 **Hartz IV – Tagelohn und Arbeitsdienst** von Martin Bongards

12/2004 **Wo bleibt der produzierte Reichtum? (II)** Aktualisierte Fassung der rls standpunkte 7/2003 von Dieter Klein

11/2004 **Private Gain - Public Loss? Folgen der Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in Europa** von Barbara Dickhaus und Kristina Dietz

Diese und weitere **rls standpunkte** im Internet: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?standpunkte>